

Österreich altert kräftig, Pensionslücken wachsen. Reformblockaden. GenZ zweifelt.

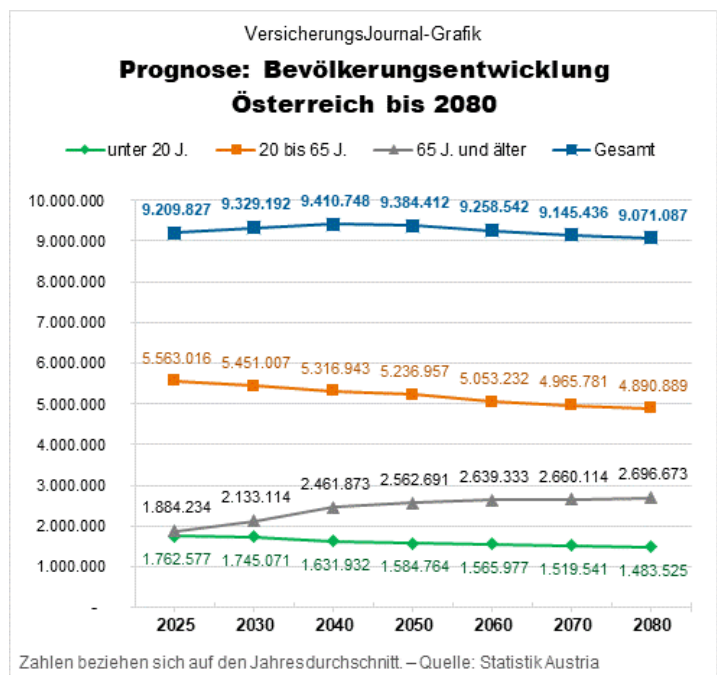
Wie private und betriebliche Vorsorge den Unterschied ausmachen.

Österreich altert enorm. Und zwar mit Ansage!

Anhand der aktuellen Demographie-Daten der Statistik Austria erkennt man schnell: **Österreich altert, kräftig und dauerhaft**. Der Anteil der über 65-Jährigen steigt bis 2040 im Hauptszenario der Statistik Austria auf rund **26 %**, bis 2080 auf knapp **30 %**. 2024 lag der 65-plus-Anteil bei **20 %**. Tendenz also stark steigend.

Wir leben länger, gehen (bisher) tendenziell zu früh in Pension und bekommen gleichzeitig **weniger Nachwuchs**. Das drückt auf die Finanzierbarkeit des staatlichen Pensionssystem.

Die **beiliegende Graphik des Versicherungs-Journals zeigt**: Während die Gruppe 65+ (graue Linie) von 1,88 auf fast 2,7 Millionen anwächst, sinkt die Zahl der Jungen, unter 20-jährigen (**grüne Linie**) von 1,76 auf 1,83 Millionen. Und der Mittelbau (20-65-jährige – **orange Linie**) sinkt ebenfalls von 5,56 auf 4,89 Millionen Mitbürger.



Für das Pensionssystem zählt aber nicht nur das Alter, sondern vor allem das **Verhältnis**. Und hier entsteht das zweite Problem für das Umlage-Verfahren, auf das das staatliche Pensionssystem aufbaut: Bis **2050** könnten auf **eine Person im Pensionsalter** nur noch **zwei Personen im Erwerbsalter** kommen. 1910 war das Verhältnis noch 9:1, sank nach dem Krieg auf 5,8:1. Kürzlich stand es noch **3:1**, also **3 Erwerbstätige finanzierten einen Pensionisten**. 2080 fällt das Verhältnis laut Prognose weiter auf **1,8:1**, weil auch die Zahl der **Erwerbspersonen** sinkt.



Das ist die nüchterne Erklärung für die seit Jahren steigenden Zuschüssen des Staates (Ausgleich des Defizits des staatlichen Pensionssystems) und der **stetig wachsenden Nachhaltigkeitsfragen und Warnungen** etwa von Fiskalrat-Chef Dr. Badelt. Nachzulesen etwa im BAV-Beitrag „Zuschuss-Finanzierung der Pensionen bringt Österreichs Staatsfinanzen immer weiter ins Trudeln“ [hier...](#)

Auch der **österreichische Rechnungshof** hat bereits heftige Kritik an der Alterssicherungs-Kommission geäußert. Wir haben darüber berichtet. Nachzulesen [hier...](#)

Die Schlussfolgerung auf obige Bevölkerungsentwicklung ist keine Raketenwissenschaft: **Weniger Einzahler, mehr (und längere) Bezieher**. Das bedeutet frei nach Adam Riese: Höhere Pensionsbeiträge für die Einzahler oder geringere Pensionen oder eine Mischung davon. Warum nicht auch das Pensions-Antrittsalter erhöhen, wie es etwa die nordischen Staaten vormachen?

Wie reagiert die Politik auf die Alterung der Bevölkerung?

Was hält die Bevölkerung von Reformen? Und was bleibt am Ende über?

Die Fakten der Überalterung in Österreich, aber auch in vielen anderen westlichen Ländern, liegen unverrückbar auf dem Tisch. Und auch der **Zuschuss-Bedarf, also die Defizit-Abdeckung** des staatlichen Pensionssystem, um überhaupt allen ihre Pensionen überweisen zu können, ist nicht ausschließlich ein österreichisches Problem. So weist die **OECD-Studie „Pension at a glance“** aus, dass Deutschland rund 11 % des BIPs, also der gesamten Wirtschaftsleistung des Staates dafür ausgibt. In Österreich sind es 14 % und in Ländern wie Griechenland oder Italien sind es mehr als 16 % (zitierte das Versicherungsjournal kürzlich). Den Link zur Studie finden Sie unten. Da gleichzeitig die Staaten sparen müssen (Wirtschaftskrise überlastet alle Sozialsysteme) um die Budgetdefizite nicht ausufern zu lassen, können sie sich immer weniger diese Defizit-Abdeckungen bei den Pensionen leisten.

Pensionsreform? Besser nicht. Sonst droht Widerstand der Bevölkerung!

Manche Staaten denken angesichts obiger Fakten über eine Pensionsreform nach – so etwa Frankreich. Dort gehen aber die Menschen seit Jahren gegen die Anhebung des Pensionsalters von 62 auf 64 Jahre auf die Straßen und bringen die wechselnden Regierungen von Präsident Macron an den Rand der Unregierbarkeit.

ALTENrepublik Österreich!

Warum die Politik Reformen im Pensionsbereich scheut, ist leicht erklärbar, wenn man die Wahlberechtigten in Verhältnis zu den Pensionisten setzt. Das hat Agenda Austria vor einigen Monaten getan und festgestellt, dass **mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten im Alter von 50+ waren**. Kaum jemand will also die „heiße Kartoffel Pensionen“ angreifen, um nicht bei der nächsten Wahl abgestraft zu werden.

Um das zu verhindern – so unsere Vermutung – plädierte kürzlich **Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni** gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen Stopp der automatischen Anhebung des Pensionsalters an die steigende Lebenserwartung.

Dass es in anderen Ländern doch funktioniert, zeigen die Niederlande, wo der Pensionsantritt um vier Monate pro Jahr hinaufgesetzt wird, bis es bei 67 Jahren liegt. Danach soll das Antrittsalter automatisch an die Lebenserwartung gekoppelt werden, was derzeit einen Anstieg von rund zwei Monaten pro Jahr bedeuten würde. In Dänemark wurde kürzlich das Pensionsantrittsalter sogar auf 70 Jahre erhöht.

Vermutlich wird auch in Österreich unter anderem eine Maßnahme wie die Berücksichtigung der Lebenserwartung erforderlich sein, um für alle **einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen** zu schaffen. Der kürzlich doch noch besänftigte „Aufstand von 18 jungen CSU/CDU-Abgeordneten“ gegen das Rentenpaket von Kanzler Merz in Deutschland könnte nur das Vorspiel gewesen sein. Aber vielleicht sollte die Politik weniger auf eine radikale Reform, sondern auf **viele kleine Schritte setzen, um die Fairness im System zu erhöhen** und das Finanz-Problem langfristiger zu lösen. Und gleichzeitig die private und betriebliche Vorsorge durch „Steuerzuckerl“ zu versüßen, also zu fördern.

Nichts tun, keine Option. GenZ hat kein Vertrauen in staatliche Pension.

Junge Menschen nehmen die ständige Diskussion um die Sicherheit der Pensionen wahr und misstrauen der 1. Pensions-Säule. DER STANDARD zitierte aus einer **aktuellen Studie des Instituts für Jugendkulturforschung** und berichtete, dass heutige Menschen zwischen 16 und 29-Jahren davon ausgehen, selbst **nur noch 1/3 ihres Lebensunterhalts in der Pension aus der staatlichen Säule zu erhalten**. **Man plane also privat vorzusorgen und hoffe auf Erbschaften**.

Zum Vergleich: Vor 10 Jahren glaubten die damals Jungen noch, dass die staatliche Pension 39 % ihres Lebensunterhalts finanzieren würde. Also ein **deutlicher Vertrauensverlust in das staatliche Umlageverfahren der 1. Pensionssäule**.

Was sollte die Politik konkret tun?

- **Arbeitsleben verlängern, Übergänge glätten:** Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung anpassen, Förderung von altersgerechten Jobs und Weiterbildung. Spürbare Bonifikationen für späteren Pensions-Antritt, damit „länger arbeiten“ sich auch für die Menschen deutlich lohnt.
- **Betriebliche Vorsorge forcieren:** Mehr Interesse bei Firmen wecken (Stichwort Gewinnen und Halten von Schlüsselarbeitskräften in Zeiten von Fachkräfte-Mangel). Eventuell sogar ein Rechtsanspruch für Mitarbeitende?
- **Private Vorsorge fördern:** Steuerliche Absetzbarkeit von privater Vorsorge wieder einführen. Planbar und verständlich. Mit steuerlichen Anreizen, die halten, was sie versprechen, und mit Produkten, die Langfristigkeit belohnen.

Was bedeutet das für Sie werte Beraterin, werter Berater?

Egal ob Ihre Kunden und Kundinnen jung oder etwas älter sind: Da sich die Politik, also die neue Regierung noch nicht wirklich zu ernsthaften Reform-Maßnahmen aufraffen konnte, bleibt es Ihre Aufgabe als Berater:innen Ihre Kunden und Kundinnen auf **die enormen Probleme des staatlichen Pensionssystems** und die gewaltige Überdehnung des Budgets des österreichischen Staates eindringlich hinzuweisen. **Und die Notwendigkeit der 2. und 3. Säule zu betonen**, um den eigenen Lebensstandard auch in der eigenen Pension aufrecht erhalten zu können.

Quellen: Versicherungsjournal, Statistik Austria, Der Standard, RisControl, OECD-Studie „Pension at a glance“